

DBfK fordert mehr Einsatz gegen Armut

Berlin, 12.03.2018



Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) unterstützt den Aufruf des Paritätischen ‚Arme Menschen nicht gegeneinander ausspielen – Sozialleistungen endlich erhöhen‘ und fordert als Mitunterzeichner mehr politische Initiative zur Bekämpfung von Armut in Deutschland. „Kann es in einem so reichen und wirtschaftlich blühenden Land und mit leistungsfähigen Sozialsystemen überhaupt Armut geben? Ja, durchaus, der Gedanke daran wird allerdings gerne verdrängt. Die Ursachen sind vielfältig, müssen aber endlich wirksam angepackt werden. Der politische Wille dazu ist durchaus ausbaufähig und wir erwarten von der neuen Bundesregierung, dass sie Verantwortung zeigt. Schließlich gehört Deutschland zu den 193 Nationen, die sich 2015 den Nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen verpflichtet haben und seitdem ihr politisches Handeln daran messen lassen müssen. Ziel Nr. 1 lautet: Armut in allen Formen und überall beenden. Auch der DBfK unterstützt die Entwicklungsziele und wird nicht nachlassen, sie einzufordern“, sagt DBfK-Sprecherin Johanna Knüppel.

Der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2017) zeigt, dass sich die Armutsrisikoquote seit 2005 nicht nennenswert verbessert hat. Ein hohes Armutsrisiko tragen nach wie vor Arbeitslose, Alleinerziehende, niedrig Qualifizierte und Menschen mit Migrationshintergrund. Relativ arm ist und bleibt auch im Alter, wer in einem prekären Beschäftigungsverhältnis arbeitet oder früh erwerbsunfähig wird. In der Pflegebranche ist dieses Risiko wegen der verbreiteten Teilzeit, oft niedrigen Gehältern sowie berufsbedingten Erkrankungen recht hoch. Hier sind die Tarifpartner sowie nicht tarifgebundene Unternehmer in der Pflicht: Gute Arbeit in der Pflege verdient guten Lohn! Ein Appell geht aber auch an alle professionell Pflegenden, sich in Zeiten des Pflegefachkräftemangels nicht ‚unter Wert‘ zu verkaufen.

Zu einem Armutsrisiko können auch Krankheit und/oder Pflegebedürftigkeit werden. Zuzahlungen und Eigenanteile summieren sich schnell und häufig sind den Betroffenen Befreiungsklauseln und abrufbare Fördermittel nicht bekannt oder nicht zugänglich. Gerade hier können Pflegefachpersonen beratend und wirksam unterstützen. Dass Armut krank machen kann ist hinlänglich bewiesen. Denn wichtige Voraussetzungen für gute Gesundheit wie z.B. Zugang zu fundiertem Wissen, ein gesundes Wohnumfeld und hochwertige Ernährung sind für Menschen mit geringem Einkommen oft unerschwinglich.

„(...) Wir fordern die zukünftige Bundesregierung auf, die Regelsätze in Hartz IV und der Sozialhilfe auf ein bedarfsgerechtes und existenzsicherndes Niveau anzuheben. Dies muss auch für die Leistungen für Geflüchtete gelten, die bisher sogar noch niedriger sind. Sozialleistungen müssen nicht nur das nackte Überleben, sondern auch ein Mindestmaß an Teilhabe ermöglichen.“

Der Aufruf des Paritätischen ist unter http://www.der-paritaetische.de/aufruf/?no_cache=1 zu finden. Der DBfK lädt ein, sich als Mitunterzeichner anzuschließen.

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe e.V. (DBfK)

Alt-Moabit 91, 10559 Berlin

Tel.: 030-2191570

Fax: 030-21915777

dbfk@dbfk.de

www.dbfk.de

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) ist die berufliche Interessenvertretung der Gesundheits- und Krankenpflege, der Altenpflege und der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege. Der DBfK ist deutsches Mitglied im International Council of Nurses (ICN) und Gründungsmitglied des Deutschen Pflegerates (DPR). Mehr Informationen über den Verband und seine internationalen und nationalen Netzwerke finden Sie auf der

Homepage www.dbfk.de. Für Interviewwünsche oder weitere Informationen wenden Sie sich bitte per E-Mail an presse@dbfk.de oder rufen Sie uns unter 030-219157-0 an.

Mit freundlichen Grüßen

Johanna Knüppel | Referentin | Redaktion DBfK Aktuell | Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe
- Bundesverband e.V.

www.dbfk.de | Alt-Moabit 91 | 10559 Berlin | Fon 030-219157-0 | Fax 030-219157-77 |
Umsatzsteuer Id.Nr. DE 114235140